ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

# St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

No. 33 — 26. Jahrgang — Münster, Sask., Donnerstag, den 26. September 1929 — Fortlaufende No. 1334

## Welt-Rundschau

### Versammlung des Völkerbundes in Genf

Aufgrund der Reden des englischen Premiers Mac Donald und seines Außenministers Henderson bei Beginn der Sitzungen des Völkerbundes konnte vor zwei Wochen die Hoffnung ausgesprochen werden, daß ein frischer Zug in die Verhandlungen kommen und der Völkerbund einem bisher nur scheinbar verfolgten Ziele, dem internationalen Frieden, zusteuern werde.

Hinsichtlich der Fakultativklausel in dem Protokoll zum Weltgerichtshof hielt Mac Donald Wort, die Klausel wurde am 20. September von England unterzeichnet. Dem Beispiele Englands folgten Frankreich und einige andere Nationen. Die von England gemachten Vorbehalte sind derart, daß sie dem Wesen des Weltgerichtes in keiner Weise widerstreiten. Mit dieser Unterschrift nahmen diese Nationen die Pflicht auf sich, sich dem Urteil des Weltgerichtshofes in internationalen Streitigkeiten unbedingt zu unterwerfen. Das ist gewiß ein bedeutender Schritt zum Weltfrieden, zumal Hoffnung besteht, daß das Beispiel Englands u. Frankreichs noch mehr fach Nachahmung finden werde, daß über kurz oder lang fast alle Nationen der Welt Mitglieder des obligatorischen Weltgerichtes sein werden. Es besteht jetzt auch die begründete Hoffnung, daß sich die Ver. Staaten in Bälde dem Weltgerichtshofe anschließen werden.

Auch das in Mac Donald's Rede angekündigte Uebereinkommen Englands und Amerikas hinsichtlich der Seerüstungen mag der Verwirklichung näher gekommen sein. Denn es steht nun fest, daß Mac Donald am 28. September seine Reise nach Amerika antreten wird, um sich mit Hoover, dem Präsidenten der Ver. Staaten, persönlich über die Angelegenheit zu besprechen. Es besteht jedoch gegenwärtig nicht die Absicht, zwischen England und Amerika ein festes Seeabkommen zu schließen, sondern nur zu einem einstweiligen Einverständnis zu gelangen, das dann im kommenden Monate Januar als Unterlage bei der einzuberufenden Konferenz der fünf großen Seemächte: England, Ver. Staaten, Frankreich, Italien und Japan, dienen könnte. Es ist bereits fast sicher, daß eine solche Konferenz stattfinden wird. Ueber den Ort der Zusammenkunft besteht noch keine Gewißheit.

Hier sind also zwei erfreuliche Tatsachen, welche dem allgemeinen Verlangen nach Weltfrieden Rechnung tragen und die Hoffnungen der Friedensfreunde zu stärken geeignet sind. Doch haben, strenge genommen, diese zwei Tatsachen mit dem Völkerbunde in Genf nichts zu tun, sie kamen außerhalb desselben und vor den Sitzungen der gegenwärtigen Versammlung zustande. Mac Donald erwähnte sie in einer Rede nur zu dem Zwecke, den Völkerbund selbst aus seiner Erstarrung aufzurütteln und zum Handeln anzuspornen. Nach dem bisher Geschehenen ist es sehr zweifelhaft, ob ihm das gelungen ist.

Lord Cecil, der offizielle Vertreter Englands in Genf, machte die Probe aufs Exempel. Am 16. September legte er eine Resolution vor, die folgendes enthielt: „Wir sind vollständig davon überzeugt, daß eine Abrüstung der ganzen Welt zu Lande und zu Wasser notwendig ist, und wir hoffen, daß das Komitee seine Aufgabe gründlich durchführen wird. Mit der Abrüstung muß so bald als möglich begonnen werden. Wir ersuchen nun das Komitee, folgende vier Punkte einer Erwägung zu unterziehen:

1. Unter welchem Gesichtspunkte wird das Komitee die Festsetzung der Höchstgrenze für die zulässige Macht eines Staates zu Lande oder zu Wasser vornehmen?
2. Unter welchem Gesichtspunkte soll die Festsetzung der Höchstgrenze für eingeübte Truppen stattfinden?
3. Wie gedenkt das Komitee die Höchstgrenze für die Herstellung von Waffen und Munition festzustellen?
4. Gedenkt das Komitee eine Kommission zu bilden, welche die genaue Ausführung ihrer Anordnungen überwacht?"

Drei Tage später, am 19. September, erschien Lord Cecil vor der vorbereitenden Abrüstungskommission, um seine Fragen durch entsprechende Vorschläge zu ergänzen. Wie bekannt, liegt die Frage betreffs Abrüstungen noch immer in den Händen einer „vorbereitenden" Kommission, deren angebliche Aufgabe es ist, einer allgemeinen Abrüstungskonferenz des Völkerbundes vorzuarbeiten, dieser gleichsam die Wege zu ebnen. Deren wahre Aufgabe aber, wenn man ihre bisherige Tätigkeit betrachtet, scheint zu sein, alle Vorschläge, die auf wirkliche Abrüstung abzielen, auf die lange Bank zu schieben, wo sie in Vergessenheit geraten. Lord Cecil also erschien vor dieser Kommission und hatte als Einleitung ungefähr dieses zu sagen: „Wirkliche Beschränkung der Waffenrüstungen bildet den einzigen direkten Schritt, den der Völkerbund unternehmen kann, um zukünftige Kriege zu verhindern. Was der Bund sonst getan hat, Schiedsgerichte, Sicherheit usw., hängt vom guten Willen der einzelnen ab und bildet kein direktes Mittel zur Verhinderung der Kriege. Seit 1927 hat die Abrüstungskommission so gut wie nichts getan. Die Begrenzung der Seerüstungen außerhalb des Völkerbundes wird weder zum Frieden noch zur allgemeinen Abrüstung etwas beitragen. Die Mehrheit der vergangenen Kriege wurde zu Land geführt." — Dann bestand er in den deutlichen Vorschlägen auf Begrenzung der Rüstungen zu Wasser, zu Land und in der Luft, **einschließlich der geschulten Reserven**; auch schlug er die Errichtung einer internationalen Kontrolle zur Ueberwachung der Fabrikation von Waffen und Munition und zur Durchführung der Abrüstungskonventionen vor.

Mac Donald und Henderson hatten bloß allgemein über Frieden und Abrüstung gesprochen und dadurch Beifall und Begeisterung ausgelöst. Anders war es mit Lord Cecil, der sich nicht mit Allgemeinheiten befaßte, sondern den Finger kräftig auf die Wunde legte. Deshalb machte sich sofort starker Widerspruch dagegen bemerkbar. Die Einbringung dieser Vorschläge zu dieser Zeit wurde als unangebracht bedauert, die selben hätten bis zur Zusammenkunft der Abrüstungskonferenz verschoben werden müssen. Von französischer Seite fiel sogar die Bemerkung, daß die Annahme dieser Vorschläge den Todesstoß gegen den Völkerbund bedeuten würde. Besonders groß war die Erbitterung in französischen, aber auch in italienischen Kreisen über den Vorschlag zur Beschränkung der ausgebildeten Reserven. Dieser Hinweis traf besonders Frankreich hart. Hatten sie sich nicht im vergangenen Jahre durch Eingebung einer eigenen Entente von England das Versprechen erkauft, daß bei künftigen Verhandlungen über Abrüstung niemals mehr von einer Beschränkung der geschulten Reserven die Rede sein solle? Man kann deshalb die Bemerkung verstehen, daß Lord Cecil's Vorschläge Prinzipien, über die man sich in früheren Konferenzen geeinigt hätte, in Frage stellten.

Der Widerstand gegen Cecil's Vorschläge wurde so stark und die Aussichtslosigkeit für deren Annahme so klar, daß er es für geraten hielt, dieselben zurückzuziehen. Doch behielt er sich das Recht vor, die ganze Frage später wieder aufzurollen.

Man hat den Rückzug Cecil's teilweise als eine Niederlage der englischen Arbeiterpartei bezeichnet, deren Programm die Vorschläge entnommen sind. Doch kaum mit Recht. Ohne Zweifel hätte ein Bestehen darauf zur gegenwärtigen Zeit den Erfolg der Flottenverhandlungen in Frage gestellt, ja es wäre Gefahr gewesen, daß Frankreich und Italien, vielleicht sogar Japan, ihre Zustimmung zu einer Flottenkonferenz ganz vereitelt hätten. Und obwohl die Abrüstungsfrage auf dem toten Punkte angelangt ist und sich wenigstens in dieser Versammlung des Völkerbundes nicht mehr davon entfernen dürfte,

(Fortsetzung von Seite 1)

### Muß man seine Zeitung auch bezahlen?

Wenn man nach dem gesunden Menschenverstande urteilen will, — und derselbe drückt, was Recht und Gerechtigkeit betrifft, für gewöhnlich die Vorschriften des natürlichen Sittengesetzes aus — so muß man die Frage unbedingt mit „Ja" beantworten. Gibt es aber da keine Ausnahmen? Nein, außer der, daß die Redaktion sie freiwillig umsonst, als Geschenk liefert oder als Vergütung für einen geleisteten Dienst.

Mancheiner denkt und handelt folgendermaßen — ob mit gutem oder bösem Gewissen, das können wir nicht beurteilen —: Wenn das Abonnement ausläuft, so erneuert er es nicht mehr; er bestellt aber die Zeitung auch nicht ab, sondern nimmt sie regelmäßig in Empfang wie vorher. Bekommt er dann eine Rechnung, so antwortet er, er hätte die Zeitung nicht weiter bestellt, sei also auch nicht verpflichtet, sie zu bezahlen; wenn die Redaktion sie ihm nicht umsonst schicken wollte, so hätte sie dieselbe behalten sollen. Das solle — so meint er — überhaupt die Regel sein, daß das Schicken der Zeitung eingestellt werde, sobald das Abonnement abgelaufen und nicht wieder erneuert worden sei.

Auf den ersten Blick sieht eine solche Beweisführung ganz vernünftig aus, und allem Anscheine nach gelingt es manchem, sich selbst dadurch zu überzeugen und sein doch etwas zweifelhaftes Gewissen damit zu beschwichtigen. In Wirklichkeit jedoch ist die Beweisführung falsch und der daraus gezogene Schluß ist ein Trugschluß. Und ist es dem Beweisführer gelungen, sein Gewissen einzuschläfern, so hat er sich eben — ob absichtlich oder unabsichtlich, das bleibe dahingestellt — ein falsches Gewissen zurecht gerichtet.

Um das Letzte zuerst in Betracht zu ziehen: Große, tägliche Zeitungen, besonders jene in der Landessprache, befolgen die Regel, daß das Schicken der Zeitung an dem Tage eingestellt wird, an dem das Abonnement abläuft, falls dieses nicht erneuert wird. Und wenn wir nicht irren; ist das in den Ver. Staaten, und wahrscheinlich auch anderswo, eine vom Postal Department erlassene Vorschrift für alle Zeitungen.

Aber, während sich große, tägliche Zeitungen das leisten können und eine solche Vorschrift in Wirklichkeit zu ihren Gunsten erlassen ist, würde sie für eine kleine, wöchentliche Zeitung den Todesstoß bedeuten, wollte diese sich genau daran halten. Gilt dies schon von kleinen weltlichen Zeitungen in der Landessprache, so viel mehr von den in fremden Sprachen geschriebenen, und noch viel mehr von katholischen Zeitungen. Nicht katholische religiöse Zeitungen hatten wahrscheinlich dieselbe Erfahrung.

Gesetzt den Fall, der St. Peters Bote oder der Prairie Messenger oder irgendeine andere wöchentliche Zeitung würde diese Anweisung pünktlich befolgen, was wäre die Folge davon? In weniger als einem Jahre hätte die Zeitung nicht mehr genug Abonnenten, um den Betrieb über Wasser zu halten, sie müßte einfach ihr Erscheinen einstellen. Fast jeder Abonnent, dem unmittelbar nach Ablauf des Abonnements die Zeitung nicht mehr zugeschickt würde, würde in hellen Unwillen entflammen und sich denken und sagen: „Ich habe immer meine Zeitung bezahlt, wenn ich auch manchmal etwas spät war; hie und da vergißt man halt darauf oder hat gerade keine Zeit oder das Geld ist knapp. Aber die sollten nicht denken, daß ich deshalb unehrlich oder bankerott bin. Jetzt will ich die Zeitung auch gar nicht mehr haben!" Daß eine solche Vermutung nicht aus der Luft gegriffen ist, das bezeugen eine Anzahl von Briefen, die in der Redaktion aufbewahrt werden, geschrieben von solchen, welchen die Zeitung entzogen wurde; weil sie für mehrere Jahre nicht bezahlten und auf die ihnen zugeschickte Rechnung nicht einmal eine Antwort gaben.

Die vom Postal Department gegebene Anweisung ist ein Rat und kein Gesetz. Wäre sie ein Gesetz, so müßte für Uebertreter eine Strafe darauf gesetzt worden sein. Dann könnte aber auch jede Zeitung, sogar die kleinste, sie befolgen. Würde z. B. das Postal Department sich weigern, eine Zeitung an einen Abonnenten zu befördern, dessen Abonnement abgelaufen ist, so könnte sein Abonnement, der sie nicht mehr bekommt, die Redaktion dafür tadeln, würde sich also auch nicht versucht fühlen, an der Redaktion dafür Rache zu nehmen. Wie es aber ist, bürde aller Tadel und die Rache auf die Zeitung fallen.

Kleinere Zeitungen können also die Zusendung nicht einstellen, sobald das Abonnement abgelaufen ist, außer sie wollen Selbstmord begehen. Das wissen oder fühlen auch alle Abonnenten, und wahrscheinlich jene nicht am wenigsten, die sich um die Bezahlung herumdrücken möchten. Es ist auch ganz unbegreiflich, wie ein ehrlicher Mensch diese zwei Dinge zusammenreimen kann: auf der einen Seite, sich vorzunehmen, die

(Fortsetzung von Seite 4)

## 50 Jahre nach Leos XIII. Enzyklika gegen den Sozialismus

### Der Siegeszug des Sozialismus und unsere Aufgabe

**Von Professor Dr. Ferdinand Heinrich („Schönere Zukunft")**

Die folgenden Darlegungen werden vor allem als Anregung zur Gewissenserforschung veröffentlicht. Die Schriftleitung identifiziert sich nicht mit allen Einzelauffassungen.

Die Schriftleitung der „Schöneren Zukunft."

In fast allen europäischen Staaten, mit Ausnahme Italiens und Spaniens, wo die Diktatur ihn an die Kette gelegt hat, gewinnt der Sozialismus Zug um Zug an Boden. In Deutschland erreichten die Sozialdemokraten und Kommunisten bei den letzten Wahlen zum Reichstag 40 Prozent der abgegebenen Stimmen. In Oesterreich erreichten sie bei den letzten Parlamentswahlen einen noch höheren Prozentsatz. Ein Mathematiker könnte mit Hilfe der Wahrscheinlichkeitsrechnung wohl schon heute annäherungsweise den Zeitpunkt angeben, an welchem der Sozialismus die schlechthin entscheidende politische Macht in Europa darstellen wird.

Wenn man die katholische Durchschnittspresse Mitteleuropas liest, hört man immer wieder auf Vereine, die Tatsache des heutigen Machtgewinnes des Sozialismus wegzuleugnen oder zu verkleinern. Solche Vogelstraußpolitik ist höchst gefährlich, sie schläfert die noch wachen Menschen ein und macht sie glauben, daß, wenn nur die Wahlerfolge der „Weltanschauungsparteien" immer gut gefällt ist, die Sozialdemokratie sehr bald wieder aus ihren Machtstellungen verdrängt sein wird. Während man so in Katholiken in Sorglosigkeit wiegt, schreitet der Sozialismus von Sieg zu Sieg.

Wir stehen heute mitten im Entscheidungskampf um die Fundamente des Gesellschaftsbaues. Das Proletariat ist zum Aeußersten entschlossen. Es glaubt mit unerschütterlicher Zähigkeit daran, daß die Stunde seiner Erlösung, seiner Entfesselung nahe ist. Allem vom Sozialismus erwartet es sich seine Erlösung, und solange es auf der Gegenseite an einem durchgreifenden Entproletarisierungswerk fehlt, wird sich nicht nur sein sozialistischer Proletarier befehren, sondern es werden im Gegenteil auch diejenigen, die heute noch außerhalb des sozialistischen Lagers stehen, allmählich sich um die Fahne Marxens scharen. Sogar religiöse, kirchentreue Proletarier verlieren in immer größerer Zahl das innere Schutz des „bürgerlichen" Antimarxismus. Die Religions- und Kirchenfeindschaft des Sozialismus schreckt sie nicht mehr. Sie hoffen, daß, so nach ihrer Ansicht der allem durch die enge Verbindung von Kirche und „bürgerlichem" Parteibetrieb bedingte Religions- und Kirchenfeindschaft der Sozialdemokratie um so eher gebannt werden wird, je mehr kirchentreue, religiöse Menschen in die sozialistische Kampfgemeinschaft des Proletariats eintreten. Schon heute gibt es in Oesterreich, Deutschland und Frankreich praktizierende Katholiken, die sich ohne Gewissensbedenken der neuen religiös-sozialistischen Bewegung angeschlossen haben. Aus Geist und Kraft des Christentums heraus wollen sie den Sozialismus heben. Mit Monsignore A. Schaurhofer, dem unlängst in Wien verstorbenen priesterlichen Sozialapostel, glauben sie, „daß es sich beim Sozialismus im wesentlichen nicht um eine Irrlehre handelt, der die Menschen wahnbefangen glauben, nicht um eine Partei, die allen möglichen Umsturz will, nicht um eine Weltanschauung, die die Inkarnation des Atheismus darstellt, sondern daß die sozialistische Bewegung zutiefst ein Ringen ist nach einem Reiche der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und Liebe, ein Protest gegen das Entschwinden christlicher Kulturideale, ein Denken und Streben, das jener Bewußtseinswelt entstammt, die das Christentum in jahrtausendelanger Arbeit in der Menschheit erzeugt hat".

Natürlich ist hier viel, viel Häretisches, Unchristliches, ja Dämonisches im Weltanschauungsbau des Sozialismus übersehen: die ausgesprochene Diesseitigkeit der führenden Theoretiker des Marxismus, die Verkennung des Erlösers, die Leugnung des Jenseitsgedankens, der irdisch gewandte jüdische Messianismus, bedingt durch den bestimmenden Einfluß einzelner Juden auf die Ideenwelt des Marxismus; auch viel ganz Unhaltbares im Wirtschaftsprogramm der Sozialdemokratie. Das von den religiösen Sozialisten übernommene marxistische Expropriationsprogramm ist unmöglich, die Vernennung des Privateigentums an Produktionsmitteln, die das Kernstück der marxistischen Wirtschaftsprogrammatik bildet, kann wirtschaftlich nicht sanktioniert werden. Trotzdem besteht die Tatsache, daß der Sozialismus heute bereits auf kirchlich gefinnte Kreise, denen bisher unzugänglich waren, in breitem Ausmaße eingedrungen ist. Diese Tatsache zwingt zu ernstem Nachdenken. Forschen wir nach den Ursachen dieser Erscheinung, so sehen wir deren zwei besonders hervortreten: 1. Die für den Großteil des Proletariats auf die Dauer völlig unerträgliche seelische und wirtschaftliche Lage, welche der moderne Kapitalismus geschaffen hat; 2. das Fehlen entsprechend allgemeiner, entsprechend radikaler, großzügiger Maßnahmen gegen den Kapitalismus.

In welcher Lage befindet sich das Proletariat? Es ist besitzlos, standlos und berufslos. Der Proletarier verfügt außer über seine persönliche Arbeitskraft über keinerlei sonstige Wirtschaftsmittel. Selbst wenn er sich auf den Ein- oder Zweifamilienhäuschen-Besitz gestützt hat, er ist in der Regel seine Wohnlichkeit, großzere Eigentümer zu werden. Er muß daher nicht nur selbst zeitlebens Proletarier bleiben, sondern sich auch damit abfinden, daß seine Kinder und Kindeskinder dasselbe soziale Schicksal haben, unter dem er sein ganzes Leben lang unsäglich gelitten hat. Seine Weltanschauung bekommt Unselbständigkeit, Abhängigkeit von den wirtschaftlich Mächtigen und damit zugleich die Unfähigkeit, sich, wie der biblische Kulturauftrag es will, die Erde untertan zu machen. Das heißt: Der moderne Proletarier ist zu einer Art ökonomischen Mönchtums gezwungen, ohne die Verpflichtung dazu zu haben. Die ständige Unsicherheit seines wirtschaftlichen Daseins prägt seine Psyche. Er lebt von der Hand in den Mund. Wenn darum der Proletarier areligiös oder gar religionsfeindlich ist, so muß der Grund dafür meist in der geistigen Orientierung auf kürzeste Sicht, zu der der Proletarier sich verleitet fühlt, gesucht werden. Der Proletarier ist berufs- und standlos. Viele haben heute gar keine Vorstellung

(Fortsetzung auf Seite 8)